

Jürgen Seifert Thesen zur Bundestagswahl 1976

1.

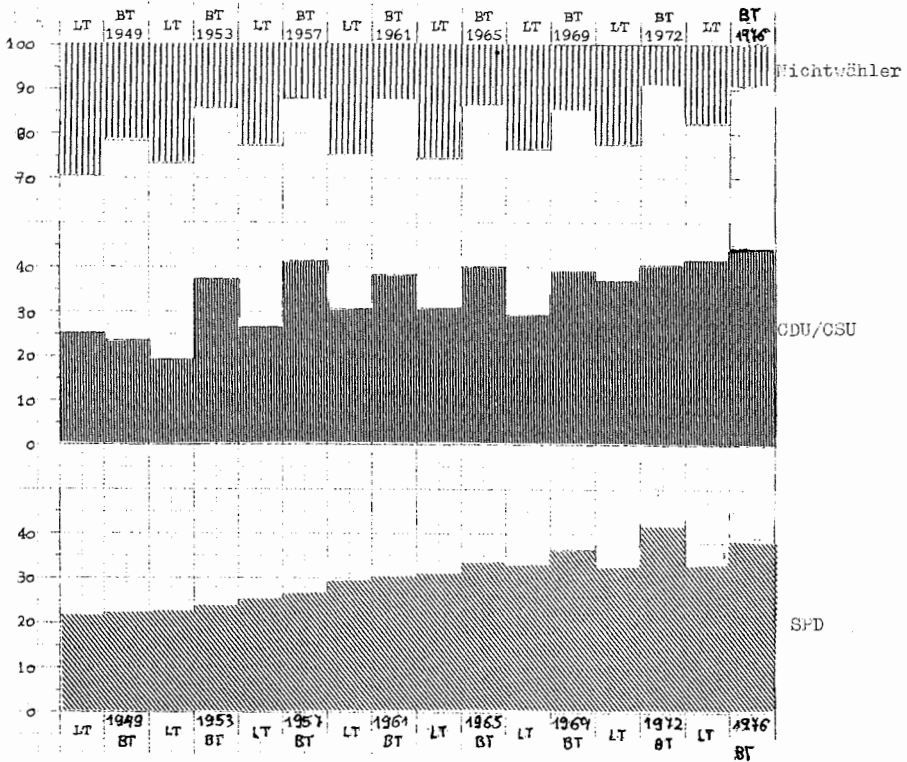
Bei den Bundestagswahlen 1976 haben sich zwar diejenigen nicht durchsetzen können, die mit einer Klassenkampfparole gegen links („Freiheit oder Sozialismus“) angetreten waren; dennoch ist das Wählerpotential der Unionsparteien heute nicht nur stärker denn je, sondern scheint auch – das ist von Bedeutung für die Landtagswahlen der nächsten Jahre – gefestigter denn je.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß bei den Bundestagswahlen 1969 die gültigen Stimmen von CDU/CSU und NPD zusammen über der 50 %-Marge lag und daß damals SPD und FDP ihre Mehrheit der Sitze im Bundestag nur der 5 %-Klausel verdankten. Die Bundestagswahl 1972 muß als Sondervotum für die Ostpolitik, die als Friedenspolitik verkauft wurde, und für Willy Brandt betrachtet werden. Doch selbst bei dieser Wahl konnten CDU und CSU mit 40,5 % der Wahlberechtigten das bei früheren Bundestagswahlen erzielte Ergebnis erreichen (1953: 37,5 %, 1957: 42,4 %, 1961: 38,2 %, 1965: 40,3 % und 1969: 39,3 % der Wahlberechtigten) (1). Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik konnten sich CDU und CSU bei den Landtagswahlen 1974 bis 1976 (mit Ausnahme von Bayern und Baden-Württemberg) über das Ergebnis der Bundestagswahlen hinaus steigern: in der Summe der Landtagswahlen verbesserte sich die Union mit 1,2 Prozentpunkte. Bei der Bundestagswahl 1976 gewannen die Unionsparteien weitere 2,1 Prozentpunkte hinzu und vermochten mit 43,8 % der Wahlberechtigten eine in der Geschichte der Bundesrepublik bei Bundestagswahlen bisher von keiner Partei erreichte Wählerschaft zu mobilisieren (siehe Schaubild 1).

1 Die Prozente beziehen sich *nicht* auf die *gültigen* Stimmen, sondern auf die Wahlberechtigten insgesamt. Wahlanalysen, die sich nicht nur unmittelbar an dem politischen Resultat orientieren, sondern die tatsächliche Wählerbewegung zu erfassen suchen, müssen in die Untersuchungen die Schwankungen der Wahlbeteiligung miteinbeziehen. Ein exakter Vergleich verschiedener Wahlen ist nur dann möglich, wenn nicht eine variable Größe, die unterschiedliche Höhe der Wahlbeteiligung, zum gemeinsamen Nenner gemacht wird. Ein relativ konstanter Bezugspunkt sind die Wahlberechtigten insgesamt. Wer bei der Analyse von Wählerbewegungen von den abgegebenen gültigen Stimmen ausgeht, muß sich nicht nur den Vorwurf gefallen lassen, einen schweren Fehler zu machen, den jeder erkennen kann, der sich mit den Grundsätzen der Prozentrechnung beschäftigt; er betreibt auch falsche Wahlanalyse, weil er die Nichtwähler ausklammert, die – wie nicht nur der Vergleich zwischen Bundestagswahlen und Landtagswahlen zeigt – den Ausgang der Wahl entscheiden können. Die Nichtberücksichtigung der Nichtwähler kann politische Probleme verschleiern und damit unter Umständen die Unterstützung einer bestimmten Politik durch verfälschende Wahlanalysen bedeuten.

Schaubild 1:

Anteil der Nichtwähler, der CDU/CSU und der SPD in Prozenten der Wahlberechtigten in den Bundestagswahlen (BT) sowie der Summe der Landtagswahlen (LT) nach 1945



2.

Die SPD erzielte ihren Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 1972 (und verhinderte die Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1976) weniger durch Einbrüche in das Wählerpotential der Unionsparteien, sondern primär durch Steigerung der Wahlbeteiligung: 1972: 91,1 % und 1976: 91 % (statt: 1949: 78,5 %, 1953: 86,0 %, 1957: 87,8 %, 1961: 87,7 %, 1965: 86,8 % und 1969: 86,7 %). Bei der Summe der Landtagswahlen 1965-69, 1970-72 und 1974-76 lag die SPD im Durchschnitt nicht höher als etwas über der 32 %-Marge; bei den Bundestagswahlen 1969 waren es 36,4 %, 1972: 41,4 % und 1976: 38,4 % der Wahlberechtigten. Dem Verlust von 3 Prozentpunkten von 1972 bis 1976 auf Seiten der SPD steht ein Gewinn von 3,3 Prozentpunkten auf Seiten der Unionsparteien gegenüber (Schaubild 2, unten).

3.

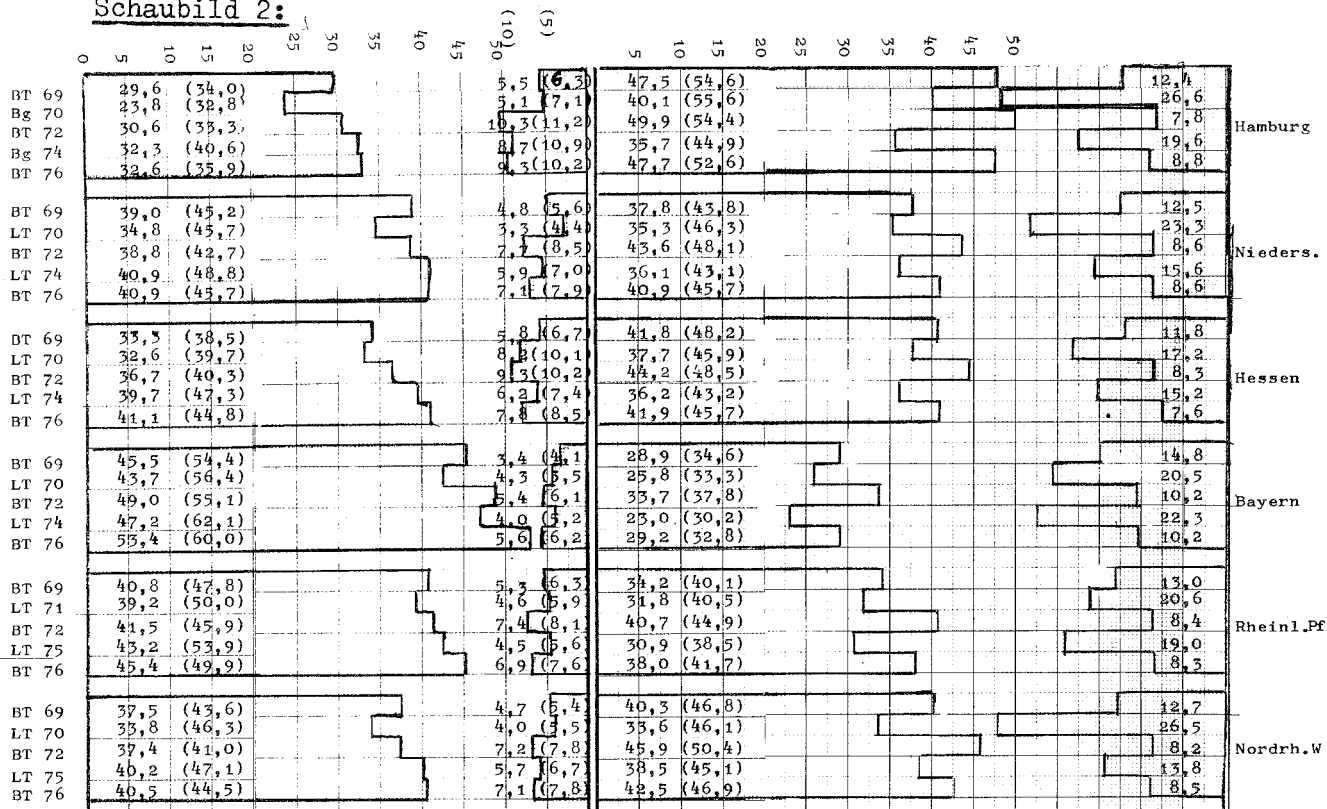
Bei der Bundestagswahl 1972 vermochte die SPD durch eine Erwartungshaltung, die durch die Ostpolitik und die postulierte Reformpolitik geweckt wurde, zusätzlich Wähler mobilisieren; zugleich gelang es der SPD, ihr traditionelles Wählerpotential in der Arbeiterschaft voll auszuschöpfen, da der Wahlkampf der Unionsparteien sie zur Klassenpartei stempelte. Bei den Landtagswahlen 1974 bis 1976 fehlten solche Sonderbedingungen. Die Analyse der einzelnen Landtagswahlen im Vergleich zu den Bundestagswahlen (siehe Schaubild 2) zeigt, daß (wenn man einmal den Austausch von Wählern zwischen den Parteien unberücksichtigt läßt) die CDU beispielsweise in Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1974 und 1975 ihr Wählerpotential trotz geringerer Wahlbeteiligung voll ausgeschöpft hat und bei den Bundestagswahlen 1976 nicht mehr oder (so in Nordrhein-Westfalen) nur geringfügig (um 0,3 Prozentpunkte) steigern konnte – trotz der von Kurt Biedenkopf gerade in Nordrhein-Westfalen betriebenen Agitation gegen „Filzkritik zwischen SPD und Gewerkschaften“. In Schleswig-Holstein und im Saarland mußte die CDU geringfügige Einbußen hinnehmen (0,3 bzw. 0,6 Prozentpunkte). Das läßt die Schlußfolgerung zu: In allen diesen Ländern ist die im Vergleich zu den Landtagswahlen erheblich höhere Wahlbeteiligung einseitig der SPD zugute gekommen.

Bei der Wahl 1976 hat weniger die SPD als der von den Unionsparteien geführte Wahlkampf (zumindest nördlich der Mainlinie und im Saargebiet) zur Mobilisierung der SPD-Wähler beigetragen. Zwar bemühten sich die Unionsparteien intensiv um Stimmen der Arbeiter und Angestellten; aber durch den Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ und durch den Angriff Biedenkopfs auf die Gewerkschaften machte die Union die SPD 1976 erneut zu etwas, was die SPD nicht mehr ist und auch nicht mehr sein will: zu einer Klassenpartei. Das mobilisierte einen bestimmten Kreis der Stammwähler. Zugleich führten die Unionsparteien der SPD auch die Stimmen derjenigen zu, die nicht für die SPD, sondern gegen Strauß, Filbinger und Dregger meinten wirksam stimmen zu müssen. Für diese These spricht auch die Tatsache, daß die DKP bei den für das Gesamtergebnis entscheidenden zweiten Stimmen rund fünfzigtausend Stimmen weniger erhielt als bei den Erststimmen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Unionsparteien die Wahl hätten gewinnen können, wenn sie darauf verzichtet hätten, einen „harten“ Wahlkampf zu führen, wenn Strauß und Dregger zumindest im Bereich der Bundesrepublik ins zweite Glied gestellt, wenn Fragen der Ostpolitik nicht erneut hochgespielt worden wären und wenn die insbesondere von Richard von Weizsäcker vertretene Politik zum Zuge gekommen wäre, die Alten und Schwachen anzusprechen, also soziale Randgruppen, die nicht durch mächtige Großorganisationen repräsentiert werden.

4.

Wenn man nicht unterstellen will, daß Unkenntnis über die Bedeutung der Wahlbeteiligung die Politik der Unionsparteien bestimmt hat, dann gibt es drei Gründe, dafür, daß sich die harte Klassenkampfpolitik durchgesetzt hat: Diese Politik versprach *erstens* alle Unzufriedenen für die Union zu mobilisieren und das Wählerpotential bis zur extremen Rechten voll auszuschöpfen. Eine solche Klassenkampfform bietet

Schaubild 2:



BT 69	39,3 (43,5)	4,4 (5,2)	37,0 (43,5)	14,0	Schles.H
LT 71	40,8 (51,9)	3,0 (3,8)	39,2 (41,0)	20,8	
BT 72	37,8 (42,0)	7,7 (8,6)	45,7 (48,6)	9,5	
LT 75	41,3 (50,4)	5,8 (7,1)	32,8 (40,1)	17,5	
BT 76	40,0 (44,1)	8,0 (8,8)	42,0 (46,4)	9,0	
BT 69	39,9 (46,1)	5,8 (6,7)	34,5 (39,9)	10,9	Saarland
LT 70	39,1 (47,8)	3,6 (4,4)	33,4 (40,8)	14,9	
BT 72	39,7 (43,4)	6,5 (7,1)	43,9 (47,9)	7,1	
LT 75	43,2 (49,1)	6,5 (7,4)	36,8 (41,8)	11,1	
BT 76	42,6 (46,2)	6,1 (6,5)	42,5 (46,1)	6,9	
BT 69	27,6 (32,3)	7,9 (9,3)	44,4 (52,0)	13,7	Bremen
Bg 71	25,0 (31,6)	5,7 (7,1)	43,9 (55,5)	20,0	
BT 72	26,7 (29,6)	10,1 (11,1)	52,5 (58,1)	9,0	
Bg 75	27,6 (33,8)	10,6 (13,0)	39,8 (48,7)	17,8	
BT 76	29,1 (32,5)	10,6 (11,8)	48,3 (54,0)	9,0	
BT 69	42,4 (50,7)	6,2 (7,5)	30,4 (36,5)	14,9	Baden-W.
LT 72	41,9 (52,9)	7,1 (8,9)	29,7 (37,6)	20,0	
BT 72	44,5 (49,8)	9,1 (10,2)	34,7 (38,9)	9,8	
LT 76	42,2 (56,7)	5,8 (7,8)	24,8 (33,5)	22,3	
BT 76	47,1 (53,3)	8,0 (9,1)	32,3 (36,6)	11,9	
BT 69	39,3 (46,1)	4,9 (5,8)	36,4 (42,7)	13,3	Bundesr. (ohne W-Merlin)
70-72	37,0	4,9	32,4	22,3	
BT 72	40,5 (44,9)	7,6 (8,4)	41,4 (45,8)	8,9	
74-76	41,7	5,6	32,4	17,9	
BT 76	43,8 (48,6)	7,1 (7,9)	38,4 (42,6)	9,0	
	CDU/CSU	FDP	SPD	Nichtwähler	

() in % der
gültigen Stimmen,
sonst in % der
Wahlberechtigten

Wahlergebnisse der CDU/CSU, der SPD und der FDP von den Bundestagswahlen 1969, den Landtagswahlen 1970-72, den Bundestagswahlen 1972, den Landtagswahlen 1974-76 und den Bundestagswahlen 1976 unter besonderer Berücksichtigung der Nichtwähler.

zweitens (darauf hat Strauß ausdrücklich hingewiesen) unabhängig vom Wahlerfolg die Chance, Sozialismus mit Kommunismus zu identifizieren und Marxismus, andere sozialistische Ansätze und selbst die sozialdemokratischen Vorstellungen von einer Investitionslenkung zu diskriminieren und zurückzudrängen. Die Politik entspricht *drittens* der Auffassung der konservativen Kapitalfraktionen, die der Ansicht sind, daß die in den letzten Jahren von SPD und FDP betriebene Politik der Krisenbekämpfung nur einen nach wie vor unzureichend gehaltenen Abbau der Reallöhne gebracht hat. Einer solchen Gesamtstrategie gegenüber wurde nicht nur eine Mobilisierung der Gegenkräfte, sondern auch die mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus“ verbundene Konfrontation gegenüber der FDP in Kauf genommen.

Wer die von den Unionsparteien eingenommene Kampfposition etwa auf Grund der Verwendung von Agitationsformen, der sich auch Hitler und Goebbels bedienten, als faschistisch charakterisiert, versperrt sich nicht nur den Zugang zu einer Analyse der gegenwärtigen Erscheinungsformen rechtskonservativer Politik, er ignoriert auch die Kräfte in der Union, die den Sprung vom autoritären Staat demokratischer Prägung zu einem faschistischen System Widerstand entgegenzusetzen würden. Der Wahlkampf, wie er insbesondere von Strauß, Dregger und Filbinger geführt wurde, versucht jede Form von Unzufriedenheit zu nutzen, mobilisiert mit einem simplifizierenden Feindbild nicht nur Ängste von Kleinbürgern, sondern auch von Arbeitern und Rentnern und verzichtet – um nicht durch konkrete Aussagen irgendjemand abzuschrecken – nahezu völlig auf ein inhaltliches Regierungsprogramm. In Bayern wurde zudem die Parole „Freiheit oder Sozialismus“ verortet durch die Formel „Bayern muß nach Bonn“ und damit zugleich gedeutet (wie auch in Baden-Württemberg) als Schutz landsmannschaftlicher und frühbürgerlicher Entwicklungsformen vor Bürokratien, Betonwüsten und Monopolen, für die nicht der Kapitalismus, sondern die „Sozis“ verantwortlich gemacht werden. Ebenso wichtig wie die Agitation aber ist die Tatsache, daß es der Union in Süddeutschland gelang, proletarisierte Bauern und Kleinbürger einzubinden in spezifische CSU- oder CDU-Zusammenhänge.

5.

Entscheidend für den SPD-Wahlkampf (auch für die SPD-Politik insgesamt) ist die Tatsache, daß man versuchte, der zwar von frühbürgerlichem Antikapitalismus durchsetzten, in den entscheidenden Fragen jedoch harten rechtskonservativen Klassenkampfposition auszuweichen. Auf die konservative Herausforderung im Klassenkampf antwortete die Sozialdemokratie unter dem prägenden Einfluß von Helmut Schmidt in der Weise, in der konservative Regierungen auf Aktionen der Arbeiterklasse zu antworten pflegen: durch die Selbstdarstellung als eine scheinbar über den Klassen und über Klassenkämpfen thronende selbständige Gewalt, die „sozialen Frieden“ garantiert und Wohlstand sichert und neuen verspricht. So betonte Helmut Schmidt sein gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften *und* zu den Unternehmern, die Freundschaft mit dem Westen *und* die zwar mühsame, aber doch notwendige Verhandlungsbereitschaft gegenüber dem Osten. Diese Rolle als Friedenshüter entspricht den Erwartungen gerade der „Mittelschichten“ (inwieweit sie auch Tendenzen innerhalb der Arbeiterklasse entgegenkommt, bedarf genauerer Untersuchungen). Diese Ausnutzung

spezifischer Erwartungshaltungen gegenüber dem Staat blieb bei Schmidt jedoch etwas Nachgemachtes und Künstliches; der personale Bezugspunkt dieser Staatsfixierung wirkte herzlos und technokratisch; es fehlte die Möglichkeit zur emotionalen Identifizierung. Das ist nicht zufällig. Helmut Schmidt und das „Modell Deutschland“ konnten in den Mittelschichten nicht die erwartete Resonanz finden, weil nicht zu verschleiern ist, daß Helmut Schmidt den „sozialen Frieden“ nicht durch Stärkung der „Mittelschichten“, sondern durch besondere Formen des Ausgleichs zwischen Gewerkschaften und großem Kapital zustande bringt. Helmut Schmidt stammt zwar aus den Mittelschichten, aber er ist nur auf Grund einer Politik derjenige, der er ist, die sich über konkrete Interessen der Mittelschichten hinwegsetzt und – zumindest langfristig – die materiellen Voraussetzungen dieser Schichten antastet. Für die Mittelschichten hat erst der politische Gegner, der „Geist von Sonthofen“, dem blutarmen „Modell Deutschland“ Leben eingehaucht.

6.

Obwohl die SPD dem Klassenkampf von rechts durch den Hinweis auf ein scheinbar über den Klassen und über den hergebrachten Klassenkämpfen stehendes „Modell“ ausgewichen ist, hat die Arbeiterklasse in ihrer überwiegenden Mehrheit SPD gewählt. Von den Arbeitern, die nicht für die SPD gestimmt haben, fallen die Stimmen, die durch spezifische, meist katholisch geprägte Infrastrukturen für die Union gebunden bleiben, stärker ins Gewicht als die links von der SPD abgegebenen Stimmen. Der Vergleich der absoluten Zahlen bei den Landtagswahlen 1974-76 im Verhältnis zur Bundestagswahl 1976 deutet daraufhin, daß ein Teil derjenigen, die bei Landtagswahlen DKP gewählt haben, es (wie schon bei der Bundestagswahl 1972) bei dieser Wahl nicht getan, sondern vermutlich SPD gewählt haben. Eine Analyse von Einzelergebnissen in spezifischen Arbeiter-Wahlkreisen zeigt, daß zumindest in Norddeutschland, im Ruhrgebiet und im Saarland die SPD in der Arbeiterschaft seit den Landtagswahlen kaum Stimmenverluste hat hinnehmen müssen. Angesichts der hohen Wahlbeteiligung kann auch nicht davon gesprochen werden, daß nennenswerte Teile der Arbeiterklasse der Wahl ferngeblieben sind. Auch bei den ungültigen Stimmen gibt es keine ins Gewicht fallende Veränderung.

Die Stimmabgabe für die SPD besagt noch nichts darüber, aus welchen Gründen die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit SPD gewählt hat. Es ist auch durch Ergebnisse der Meinungsforscher nicht geklärt, in welchem Umfang die Selbstdarstellung der SPD und ihrer Repräsentanten als einer scheinbar über den Klassen und über den Klassenkämpfen thronenden Instanz, die den „sozialen Frieden“ wahrt und Wohlstand zu garantieren verspricht, in der Arbeiterklasse angekommen ist, oder ob nicht das Verhalten des politischen Gegners, der die SPD als Klassenpartei charakterisierte, wichtiger war. Selbst wenn die Rede vom „Modell Deutschland“ in der Arbeiterschaft verhältnismäßig gut angekommen ist, wäre zu prüfen, ob bei der Motivierung zur Stimmabgabe nicht letztlich doch ein spezifisches SPD-Milieu entscheidend war (das nicht nur im Ruhrgebiet, sondern beispielsweise auch im Wahlkreis Hof in Bayern zu finden ist), das auf die Dauer durch den von Helmut Schmidt nach dem Muster amerikanischer Präsidentschaftswahlen geführten Wahlkampf zerstört wird. Helmut

Schmidt hat recht, wenn er sagt, die SPD hat links nichts mehr zu gewinnen. Aber die Analyse von Willy Brandt ist genauer, wenn er betont, daß die SPD links viel zu verlieren hat.

7.

Die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik bei der Bundestagswahl 1976 daran festgehalten hat, SPD zu wählen, war nicht nur die Existenz eines tradierten bzw. im Ruhrgebiet in den sechziger Jahren bewußt geschaffenen SPD-Milieus, sondern auch eine ökonomische Situation, die es möglich macht, daß die Verfügungsmacht der SPD über Teile des Staatsapparates sich – unterm Strich gesehen – für den Arbeiter und Angestellten als vorteilhaft erweist oder glaubwürdig als vorteilhaft dargestellt werden kann. Es ist fraglich, ob dies auch bei arbeitslosen Jugendlichen, bei arbeitslos gewordenen Frauen oder in den von Strukturkrisen betroffenen Branchen und Regionen auf die Dauer gelingt. Zwar erkennt die wahlberechtigte Arbeiterschaft – nicht zuletzt angesichts der Lebensbedingungen von ausländischen Arbeitskräften –, welche Sonderstellung sie im internationalen Vergleich auf Weltenebene besitzt; aber in dem Maße, in dem die zur Sicherung dieser Sonderstellung notwendigen Mittel schwinden und die SPD den erreichten individuellen Wohlstand angesichts neuer Wirtschaftskrisen nicht mehr zu garantieren vermag, wird sie dafür einstehen müssen, daß sie sich weigert, über den Zusammenhang von Wirtschaftskrisen und Kapitalismus zu reden, und sich die Perspektive einer Durchbrechung dieses verhängnisvollen Kreislaufs durch Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise verbietet.

Zwar vermag die SPD im Augenblick noch die Stimmen der Mehrheit der Arbeiter zu binden, weil diese – angesichts des Schicksals der ausländischen Kollegen in der Bundesrepublik – wissen, wie tief sie fallen können. Doch ist die SPD nicht in der Lage, eine Perspektive zu setzen. Noch schlimmer: als eine scheinbar über Klassen und Klassenkämpfen stehende Instanz, der es um den „sozialen Frieden“ geht, verhindert sie mehr und mehr Kämpfe der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften und zerstört damit selbst die Voraussetzungen ihrer Politik und unterhöhlt mögliche Widerstandsbastionen gegen Angriffe auf die demokratische Republik.

Helmut Schmidt und mit ihm wesentliche Teile der SPD setzen darauf, daß Krisen heute steuerbar sind, oder daß die SPD die Chancen ausnützen müsse, die ihr heute bleiben. Für den Sozialisten ist eine solche Politik ein Vabanquespiel, das bei einer „nichtsteuerbaren“ Krise tödlich werden kann, weil es in der Arbeiterklasse die Perspektive und die Fähigkeit zunichte macht, die Krise selbst und mit anderen Mitteln zu bewältigen. Doch keine Analyse mit wissenschaftlichem Anspruch kann sich solchem Vabanquespiel gegenüber auf die Aussage festlegen, daß solche Politik *kurzfristig* scheitern muß.

8.

Die gegenwärtige Ungebrochenheit und erneute Konsolidierung der Unionsparteien besagt nichts darüber, ob diese in Zukunft auf die Dauer in gleicher Weise Stimmen

zu mobilisieren vermögen. Es gibt kein Gesetz, daß derjenige Landtagswahlen verlieren muß, der in Bonn regiert. Entscheidend für die kommenden Landtagswahlen ist die Höhe der Wahlbeteiligung. Der SPD droht aber dadurch Gefahr, daß sie dazu beiträgt, dazu zerstören, was hier mit der Formel „SPD-Milieu“ bezeichnet wird.

Wenn die SPD bei den Landtagswahlen 1978 -80 nicht mehr Wähler zur Stimmabgabe für sich gewinnen kann als bei den Landtagswahlen der letzten Jahre, dann kann es der CDU gelingen, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen, die Mehrheit zu erringen. Trotz der nicht übersehbaren Erfolge der CDU in Hessen ist es nicht ausgeschlossen, daß eine „christliche Arbeitnehmerpolitik“, die eine totale Konfrontation vermeidet, aber durch konkretes Eintreten für die Interessen der gesellschaftlich Schwachen Aufmerksamkeit auf sich lenkt, größere Erfolge zu erzielen vermag als Dreggers Politik in Hessen.

Die gegenwärtige SPD-Politik hat Chancen, die augenblickliche labile Situation auf dem Wahlstimmenmarkt zu überstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik in den kommenden Jahren einigermaßen stabil bleibt und wenn die nach außen so selbstbewußte Union sich weiterhin unfähig erweist, bessere Angebote zur Lösung der gegenwärtigen Sozialprobleme zu machen als die SPD. Solange weder in den Gewerkschaften noch von der Linken innerhalb und außerhalb der SPD Perspektiven mit konkreten Alternativen zur gegenwärtigen Politik entwickelt werden, die eine realisierbare Möglichkeit greifbar macht, bedeutet das weitere Anpassung der SPD nach rechts und die Gefahr, daß in einem Rechtsstaat mit Grauzonen fundamentale Prinzipien der demokratischen Republik (beispielsweise die Rechte derjenigen, die als „Feind im Innern“ behandelt werden) und auch die Tarifautonomie (wenn es um Krisenbekämpfung geht) nicht mehr in jedem Fall und unter allen Umständen als unantastbar gelten.

Berufsverbote:

Das Aktionskomitee gegen Berufsverbote und das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte haben neu herausgegeben: Stimmen der internationalen Presse, 80 S. 4.- und Dokumente von Berufsvorbotsfällen IV, 112 S. 3.-. Außerdem sind lieferbar: Dokumente I, 2.-; Dokumente II, 3.-; Dokumente III, 4.-; Jens A. Brückner, Wie verhalte ich mich bei Berufsverbot, 2.-; Materialien zum Film "Vera Romeyke ist nicht tragbar", 4.-. Alle Broschüren sind vom "Kirschkern" Buchversand GmbH durch Voreinzahlung des jeweiligen Betrages (plus Porto: 1 Expl. -.70, 2 Expl. 1.20, ab 3 Expl. 2.-) auf das Postscheckkonto. Berlin-W. 410561-101 zu beziehen.

